

Zweites Rezessionsjahr in Österreich

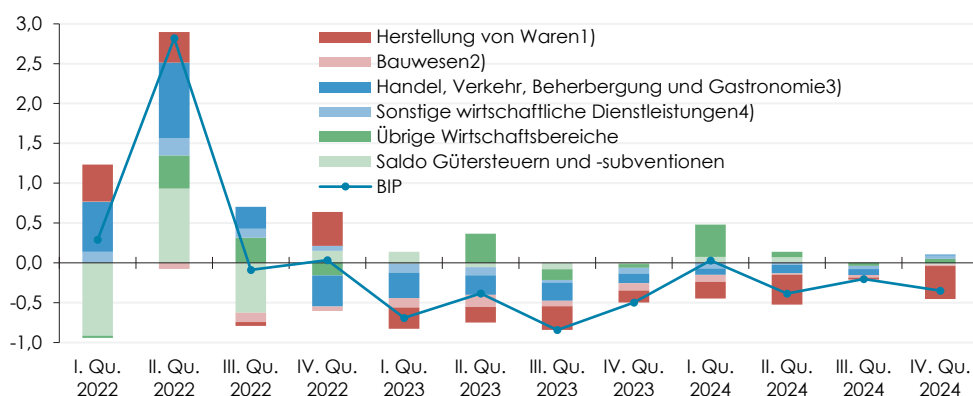
Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2024

Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittschi, Christian Glocker, Margit Schratzenstaller

- Geopolitische Störungen, politische Unwägbarkeiten und extreme Wetterereignisse beeinträchtigten 2024 erneut die weltweite Wirtschaftstätigkeit.
- Während die Schwellenländer und die USA robust expandierten, war das Wachstum in den Mitgliedsländern der Europäischen Union verhalten.
- Die österreichische Wirtschaft durchlebte 2024 ein zweites Rezessionsjahr, die Industrie verharrte in der Krise.
- Das Defizit des Gesamtstaates stieg 2024 auf 4,7% des BIP.
- Die Konsumausgaben der privaten Haushalte stagnierten, wenngleich zum Jahresende eine leichte Belebung erkennbar war. Die Bruttorealeinkommen zogen im Jahr 2024 kräftig an.
- Die Inflationsrate sank deutlich auf 2,9% (2023: 7,8%). Hauptverantwortlich war die Verbilligung von Energie.

Wachstumsbeiträge der Wirtschaftsbereiche zum BIP

Real, saison- und arbeitstagsbereinigt (gemäß Eurostat-Vorgabe), Veränderung gegenüber dem Vorquartal in % (BIP) bzw. Prozentpunkten (Komponenten)



"Die österreichische Wirtschaft durchlebte 2024 das zweite Rezessionsjahr in Folge. Vor dem Hintergrund von geopolitischen Unsicherheiten und einer gedämpften Weltkonjunktur setzte sich die heimische Industrieschwäche unvermindert fort."

Im Vorquartalsvergleich wurde Österreichs BIP seit dem III. Quartal 2022 – also zehn Quartale in Folge – nicht mehr ausweitete. Wertschöpfungseinbußen in der Herstellung von Waren und der Bauwirtschaft dämpften nahezu durchwegs die Entwicklung. Auch die Dienstleistungsbranchen lieferten kaum positive Impulse (Q: Statistik Austria, WIFO. – ¹⁾ ÖNACE 2008, Abschnitt C. – ²⁾ ÖNACE 2008, Abschnitt F. – ³⁾ ÖNACE 2008, Abschnitte G bis I. – ⁴⁾ ÖNACE 2008, Abschnitte M und N).

Zweites Rezessionsjahr in Österreich

Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2024

Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittschi, Christian Glocker, Margit Schratzenstaller

Zweites Rezessionsjahr in Österreich. Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2024

Die heimische Wirtschaft durchlebte 2024 das zweite Rezessionsjahr in Folge. Neben der rückläufigen Industriekonjunktur schwächelten auch die Bauwirtschaft und einige Dienstleistungsbereiche. Mit der Konjunkturschwäche und Sondereffekten erhöhte sich das Budgetdefizit auf 4,7% des BIP. Trotz gestiegener Bruttorealeinkommen verlief die Konsumnachfrage der privaten Haushalte nur schleppend. Nach zwei Jahren sehr hoher Inflation verlangsamte sich der Preisauftrieb im Jahresdurchschnitt 2024 auf 2,9%.

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Wirtschaftsentwicklung

Der vorliegende Beitrag analysiert in einem Rückblick das Wirtschaftsgeschehen in Österreich und weltweit mit Fokus auf die heimische Lohn-, Konsum- und Preisentwicklung. Eine Detailanalyse zu den Bereichen Geld- und Finanzmärkte findet sich bei Url (2025, in diesem Heft). Berichte zur Entwicklung von Industrie, Außenhandel und Arbeitsmarkt folgen im Heft 5/2025 der WIFO-Monatsberichte.

Begutachtung: Stefan Schiman-Vukan • **Wissenschaftliche Assistenz:** Martina Einsiedl (martina.einsiedl@wifo.ac.at), Ursula Glauninger (ursula.glauninger@wifo.ac.at), Christine Kaufmann (christine.kaufmann@wifo.ac.at), Martha Steiner (martha.steiner@wifo.ac.at), Doris Steininger (doris.steinger@wifo.ac.at), Andrea Sutrich (andrea.sutrich@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 10. 4. 2025

Kontakt: Josef Baumgartner (josef.baumgartner@wifo.ac.at), Jürgen Bierbaumer (juergen.bierbaumer@wifo.ac.at), Sandra Bilek-Steindl (sandra.bilek-steindl@wifo.ac.at), Benjamin Bittschi (benjamin.bittschi@wifo.ac.at), Christian Glocker (christian.glocker@wifo.ac.at), Margit Schratzenstaller (margit.schratzenstaller@wifo.ac.at)

Second Year of Recession in Austria. The Austrian Economy in 2024

The Austrian economy experienced its second consecutive year of recession in 2024. In addition to the decline in industrial activity, construction and some service sectors also weakened. The budget deficit increased to 4.7 percent of GDP due to the economic downturn and one-off measures. Despite an increase in gross real income, consumer demand from private households was sluggish. After two years of very high inflation, it slowed to an annual average of 2.9 percent in 2024.

1. Weltkonjunktur 2024 im Zeichen nachlassenden Inflationsdrucks

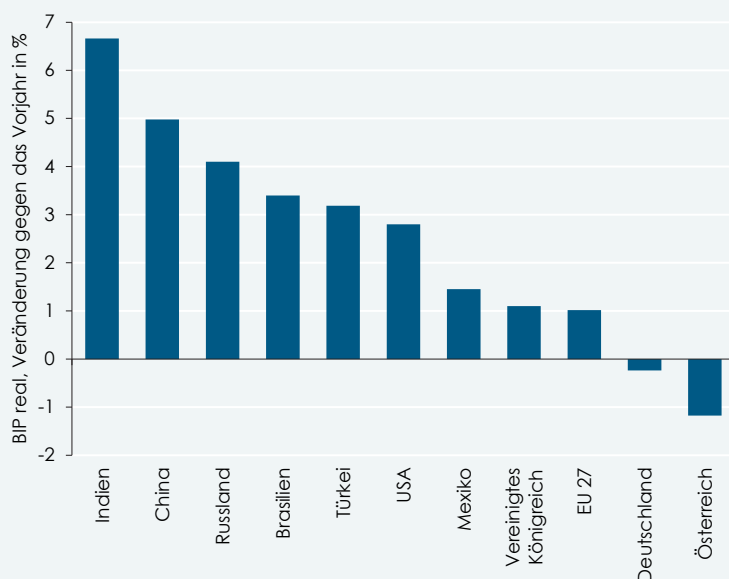
Im Jahr 2024 wuchs die Weltwirtschaft um fast 3% und damit ähnlich kräftig wie im Vorjahr. Trotz dieses robusten Wachstums war die Entwicklung von geopolitischen Störungen, politischen Unwägbarkeiten, extremen Wetterereignissen (wie den Überschwemmungen in Brasilien) und der anhaltenden Volatilität der Rohstoffpreise beeinträchtigt. Einige hemmende Faktoren, insbesondere die Unterbrechungen der Lieferketten, verloren jedoch allmählich an Gewicht. Die Normalisierung der Lieferketten war in erster Linie auf eine Zunahme des Schiffsverkehrs durch den Panamakanal zurückzuführen, die durch günstige Wetterbedingungen ermöglicht wurde, während der Schiffsverkehr durch den Suezkanal das ganze Jahr über beeinträchtigt war, was die Seefrachtraten auf einem hohen Niveau hielt.

In den Schwellenländern betrug das Wachstum 2024 rund 4¾% und war damit etwas geringer als 2023 (5%). Unter den BRICS-Län-

dern verlangsamte es sich in China und Indien, während sich in Russland keine Abschwächung zeigte und Brasilien etwas stärker expandierte als im Vorjahr. In einer Reihe weiterer großer Schwellenländer wuchs die Wirtschaft 2024 ebenfalls kräftig, allen voran in Indonesien, Saudi-Arabien und der Türkei. Die Industrieländer expandierten mit knapp unter 2% etwa gleich schnell wie im Vorjahr. Neben den USA verzeichneten auch Kanada und Australien solide Zuwächse (Abbildung 1).

Demgegenüber blieb das Wachstum in vielen Mitgliedsländern der Europäischen Union verhalten – bei erheblichen regionalen Unterschieden. In Österreich, Deutschland, Finnland, Estland und Lettland setzte sich die Rezession fort, während Spanien, Dänemark, Kroatien, Zypern und Malta ein kräftiges Wirtschaftswachstum verzeichneten. In Italien und Frankreich wuchs das BIP kaum.

Abbildung 1: **Wirtschaftswachstum im Jahr 2024**



Q: Eurostat, OECD, nationale Statistikämter, Macrobond.

In den USA hatte der Konsum der privaten Haushalte mit 2 Prozentpunkten den größten Anteil am BIP-Zuwachs von 2,8%. Die stetige Expansion des privaten Konsums wurde dort durch sinkende Inflationsraten, einen anhaltenden Anstieg der Beschäftigung und ein hohes Verbrauchervertrauen gestützt. Der Staatskonsum und die Investitionen trugen ebenfalls zum Wachstum bei, allerdings in relativ geringem Umfang. Im Vereinigten Königreich leistete der Staatskonsum nach vorläufigen Daten den größten Wachstumsbeitrag, während der Außenbeitrag negativ war. In der EU 27 wurde das Wachstum hauptsächlich durch solide Zuwächse sowohl des privaten als auch des öffentlichen Konsums gestützt, während die Investitionen dämpfend wirkten. Auf der Angebotsseite bremste der sekundäre Sektor erneut die Expansion, was die Rezession im Bereich der Sachgütererzeugung widerspiegelt. Ihre Wertschöpfung schrumpfte insbesondere in Deutschland, Österreich, Ungarn und Tschechien stark. Gleichzeitig vergrößerte sich in der EU der Wachstumsbeitrag des tertiären Sektors weiter gegenüber 2023. Diese spürbare Zunahme der Dynamik im Dienstleistungsbereich ging in erster Linie auf die Information und Kommunikation, das Grundstücks- und Wohnungswesen sowie öffentlichkeitsnahe Branchen zurück.

Die weltweite Inflation (auf Basis des VPI) verlangsamte sich 2024 von über 4½% im Vorjahr auf gut 3%. Diese Abschwächung wurde vor allem von den Industrieländern getragen, wo die Inflationsraten durchgängig sanken. Im Durchschnitt der Schwellenländer ließ die Teuerung dagegen kaum nach und blieb 2024 bei 4¼%. In den USA verlangsamte sie sich von 4,1% im Jahr 2023

auf 2,9%. Ähnliche Rückgänge waren auch in Australien und Kanada zu beobachten. Im EU-Durchschnitt sank die Inflationsrate deutlich von 6,6% im Jahr 2023 auf 2,8%, hauptsächlich getrieben durch die Verbilligung von Energie, während der anhaltende Preisdruck im Dienstleistungssektor einen noch stärkeren Rückgang verhinderte. In den Schwellenländern waren die Inflationsraten etwa in Indien, Brasilien und Mexiko rückläufig, während andere Länder wie die Türkei und Russland aufgrund des hohen nachfragegetriebenen Wirtschaftswachstums in Verbindung mit Währungsabwertungen (von rund 3% gemäß nominal-effektivem Wechselkurs) Anstiege verzeichneten. In China stagnierten die Verbraucherpreise wie schon 2023.

Die Entwicklung der Inflationsraten verlief international uneinheitlich, was in Kombination mit den unterschiedlichen Expansionsprofilen zu einer ausgeprägten Divergenz der Leitzinssätze führte. Schwellenländer mit hoher wirtschaftlicher Dynamik wie Indonesien, Russland und die Türkei setzten ihre geldpolitische Straffung weiter fort. Andere Schwellenländer wie Brasilien lockerten ihre Geldpolitik hingegen teils deutlich. In den Industrieländern ermöglichte vor allem der Rückgang der Inflationsraten eine Lockerung. Die Notenbank der USA, die Bank of England und die Europäische Zentralbank (EZB) senkten ihre Leitzinsen, wobei die EZB die deutlichste Zinssenkung vornahm. Auch in Tschechien und Ungarn wurden die Leitzinsen gesenkt, während Polen seine Zinspolitik das gesamte Jahr hindurch unverändert ließ. Diese unterschiedlichen geldpolitischen Strategien hatten erhebliche Zinsdifferenzen zur Folge: Während in Ländern wie der Türkei,

Die Weltwirtschaft wuchs 2024 erneut robust. Das Wachstumstempo unterschied sich jedoch erheblich zwischen den einzelnen Ländern.

Der Inflationsdruck ließ im Jahr 2024 weltweit deutlich nach.

Russland, Mexiko und Brasilien die Zinssätze 2024 über 10% lagen, blieben sie in den meisten Industrieländern vergleichsweise niedrig. Als Konsequenz kam es mitunter zu erheblichen Wechselkursschwankungen. In der EU ging die Lockerung der Geldpolitik zudem mit einem deutlichen Rückgang der Renditen auf Staatsanleihen einher, insbesondere auf dem Sekundärmarkt für 10-jährige Anleihen. Innerhalb des Euro-Raumes

verringerten sich die Zinsdifferenzen für 10-jährige Staatsanleihen Spaniens und Italiens gegenüber dem Referenzland Deutschland im Vergleich zum Vorjahr. Im Falle Frankreichs vergrößerte sich der Zinsabstand hingegen deutlich – ein Effekt, der auf die verschlechterte Tragfähigkeit der dortigen Staatsfinanzen infolge schwachen Wirtschaftswachstums und politischer Instabilität zurückzuführen ist.

2. Zweites Rezessionsjahr für Österreichs Wirtschaft

Der produzierende Bereich verzeichnete 2024 drastische Wertschöpfungseinbußen, aber auch die Bauwirtschaft und einige Dienstleistungsbereiche hemmten die Entwicklung der Gesamtwirtschaft.

2.1 Industriekonjunktur erneut rückläufig

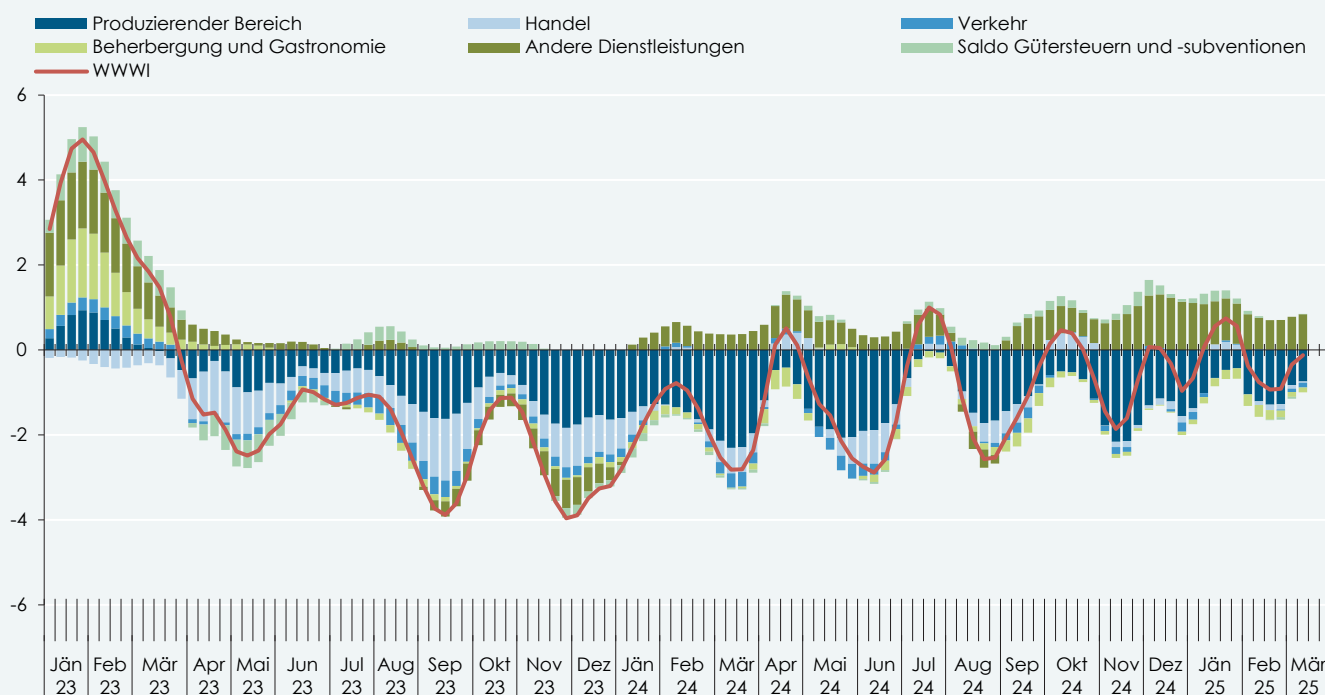
Die österreichische Wirtschaft erlebte 2024 das zweite Rezessionsjahr in Folge. Nachdem das BIP 2023 preisbereinigt um 1,0% zurückgegangen war, sank es 2024 um 1,2% (nominell +1,8%). Der Abschwung hatte bereits im 2. Halbjahr 2022 eingesetzt, seither wurde das BIP im Vorquartalsvergleich zehn Quartale in Folge nicht ausgeweitet. Damit ist die derzeitige Rezession die längste der Nachkriegsgeschichte (Scheiblecker, 2025).

Im Vorjahresvergleich geht die Wirtschaftsleistung gemäß dem Wöchentlichen WIFO-

Wirtschaftsindex (WWWI) seit Ende März 2023 zurück. Neben dem produzierenden Bereich leistete 2024 auch das Aggregat "Handel, Verkehr sowie Beherbergung und Gastronomie" nahezu durchwegs negative Wachstumsbeiträge. Positive Impulse kamen nur von den übrigen Wirtschaftsbereichen (ÖNACE 2008, Abschnitt J bis T). Auch zu Jahresbeginn 2025 stützten nur diese Bereiche die Wirtschaft, während die Industrie, das Bauwesen und die konsumnahen Dienstleistungsbereiche weiterhin schwächelten (Abbildung 2).

Abbildung 2: **Wöchentlicher WIFO-Wirtschaftsindex (WWWI) – Teilkomponenten der Entstehungsseite**

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % (Gesamtindex) bzw. Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten (Komponenten)



Q: Statistik Austria, WIFO. Produzierender Bereich (ÖNACE 2008, Abschnitte A bis F), Handel (ÖNACE 2008, Abschnitt G), Verkehr (ÖNACE 2008, Abschnitt H), Beherbergung und Gastronomie (ÖNACE 2008, Abschnitt I), andere Dienstleistungen (ÖNACE 2008, Abschnitte J bis T). Die Summe der Wachstumsbeiträge der Teilkomponenten kann vom geschätzten BIP-Wachstum abweichen (Residuum).

Übersicht 1: Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen

Real, auf Basis von Vorjahrespreisen

	2021	2022	2023	2024
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	+ 6,3	+ 6,8	– 2,7	+ 2,4
Bergbau, Herstellung von Waren, Energie- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung	+ 9,3	+ 5,9	– 0,8	– 5,8
Herstellung von Waren	+ 10,9	+ 6,7	– 1,8	– 5,5
Bau	– 3,5	– 3,4	– 7,5	– 4,4
Handel	+ 4,5	+ 0,7	– 5,7	– 1,7
Verkehr	– 2,4	+ 14,6	– 2,5	– 1,9
Beherbergung und Gastronomie	– 18,8	+ 79,0	+ 5,4	– 3,9
Information und Kommunikation	+ 11,3	+ 3,6	+ 3,0	+ 2,5
Kredit- und Versicherungswesen	+ 11,1	+ 5,9	– 8,1	+ 4,5
Grundstücks- und Wohnungswesen	+ 0,1	+ 2,3	+ 0,5	+ 0,6
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen ¹⁾	+ 6,8	+ 8,2	– 0,7	– 1,8
Öffentliche Verwaltung ²⁾	+ 4,5	+ 1,7	+ 2,2	+ 2,0
Sonstige Dienstleistungen ³⁾	+ 5,1	+ 20,5	+ 4,7	– 0,3
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁴⁾	+ 4,4	+ 6,1	– 1,2	– 1,4
Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen	+ 4,8	+ 5,3	– 1,0	– 1,2

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (ÖNACE 2008, Abschnitte M und N). – ²⁾ Einschließlich Sozialversicherung, Verteidigung, Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen (ÖNACE 2008, Abschnitte O bis Q). – ³⁾ Einschließlich Kunst, Unterhaltung und Erholung, persönliche Dienstleistungen, private Haushalte (ÖNACE 2008, Abschnitte R bis U). – ⁴⁾ Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Die Industrierezession hielt sich 2024 hartnäckig. Die Industriewertschöpfung ging das zweite Mal in Folge zurück (2024 –5,5%, 2023 –1,8%), wobei sich der Abschwung zum Jahresende noch verstärkte. Die Unternehmen litten sowohl unter der schwachen Nachfrage aus dem In- und Ausland als auch unter Wettbewerbsnachteilen. Energiepreise und Lohnstückkosten waren in Österreich zuletzt höher als im europäischen Durchschnitt (Baumgartner et al., 2024).

Auch in der Bauwirtschaft setzte sich die Schwächephase im Jahr 2024 fort, wobei es erste Anzeichen einer Stabilisierung gab. Die Wertschöpfung schrumpfte mit –4,4% nicht mehr so kräftig wie im Vorjahr (–7,5%). Im Bereich des Wohnbaus erleichterten unter anderem die Leitzinssenkungen der EZB die Finanzierung, sodass in der zweiten Jahreshälfte bereits ein Anstieg der Neukreditvergabe und Immobilientransaktionen zu beobachten war (Klien & Weingärtler, 2025).

Nachdem der Handel 2023 massive Einbußen verzeichnet hatte, stabilisierte er sich zwar im Jahresverlauf 2024, die Wertschöpfung schrumpfte jedoch erneut (–1,7%). Einen Wertschöpfungsrückgang erlitt trotz der erfreulichen Entwicklung der Nächtigungen (+2,1% gegenüber dem Vorjahr) auch der Bereich Beherbergung und Gastronomie (–3,9%). Die hohen Preise dämpften zusammen mit einer verstärkten Sparneigung der

Gäste die realen Einnahmen (Burton et al., 2024).

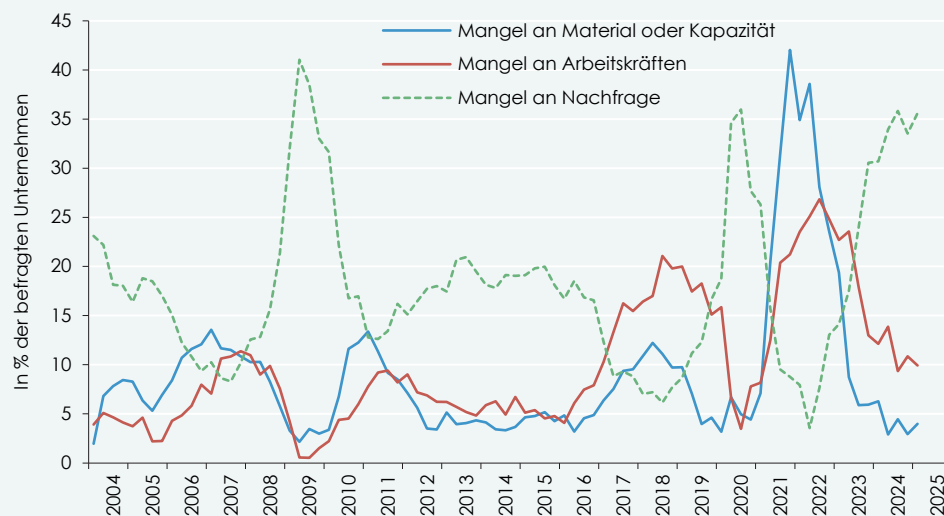
Ebenso war die Dynamik im Verkehr (–1,9%), in den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (–1,8%) sowie in den sonstigen Dienstleistungen (–0,3%) von der privaten Nachfrageschwäche und der Flaute in der Industriekonjunktur gekennzeichnet. Zuwächse an Wertschöpfung verzeichneten hingegen das Kredit- und Versicherungswesen (+4,5%), die Information und Kommunikation (+2,5%) sowie das Grundstücks- und Wohnungswesen (+0,6%).

Gemäß WIFO-Konjunkturtest waren die Einschätzungen der heimischen Unternehmen im gesamten Jahresverlauf 2024 auf breiter Basis unterdurchschnittlich. Sowohl bezüglich der aktuellen Wirtschaftslage als auch hinsichtlich der unternehmerischen Erwartungen überwog großteils der Pessimismus. Nachdem im Nachklang der COVID-19-Pandemie viele Unternehmen Material- bzw. Kapazitätsengpässe verzeichnet hatten, verloren diese Hemmnisse im Jahresverlauf 2023 langsam an Bedeutung. Als primäres Hindernis galt zunehmend die Nachfrageschwäche, die sich auch während der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 und zu Beginn der COVID-19-Krise 2020 als bedeutendstes Produktionshemmnis erwiesen hatte (Abbildung 3).

Die heimischen Unternehmen beklagten 2024 die Nachfrageschwäche.

Abbildung 3: **Produktionshemmnisse in der Sachgütererzeugung**

Saisonbereinigt



Q: WIFO-Konjunkturtest.

Im Zuge der Rezession stiegen 2024 die Unternehmensinsolvenzen deutlich an. Insgesamt wurden 6.587 Insolvenzfälle¹⁾ verzeichnet, mehr als 2009 während der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise und um 22% mehr als im Vorjahr. Die am stärksten betroffenen Wirtschaftsbereiche waren der Handel, das Bauwesen sowie Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen.

Mit den Umsatzeinbußen ging auch die Investitionsnachfrage der Unternehmen zurück (Bruttoanlageinvestitionen –3,4%). Sowohl die Ausrüstungs- als auch die Bauinvesti-

tionen schrumpften 2024, während die weniger konjunktur reagiblen sonstigen Investitionen – überwiegend geistiges Eigentum wie Forschung und Entwicklung sowie Computerprogramme und Urheberrechte – ausgeweitet wurden. Gemäß der WIFO-Investitionsbefragung verringerte sich die heimische Investitionsnachfrage sektoral auf breiter Basis, wobei nur Finanz- und Versicherungsdienstleister sowie Unternehmen des Grundstücks- und Wohnungswesens mehrheitlich Ausweitungen meldeten (Friesenbichler & Agnezy, 2025).

Die Investitions- und Konsumnachfrage verlief 2024 gedämpft.

Übersicht 2: **Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage**

Real, auf Basis von Vorjahrespreisen

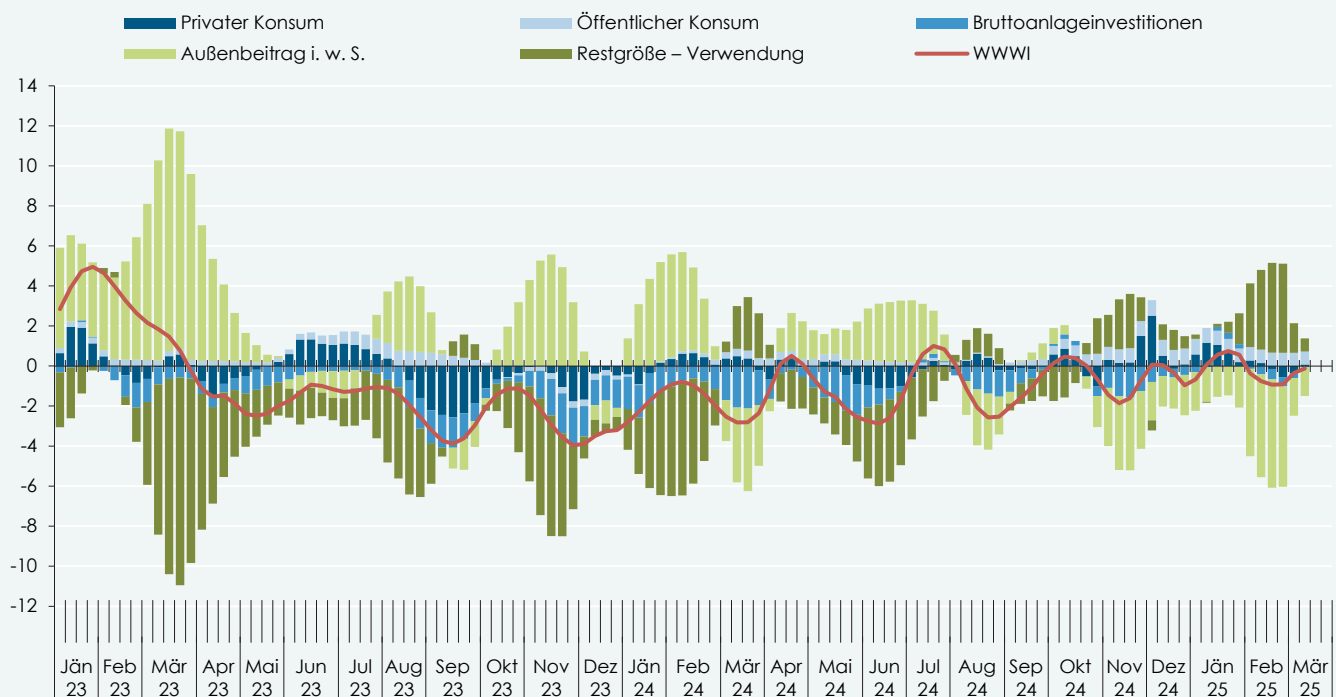
	2021	2022	2023	2024
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Konsumausgaben insgesamt	+ 5,6	+ 3,2	+ 0,0	+ 0,5
Private Haushalte ¹⁾	+ 4,8	+ 4,9	– 0,5	+ 0,1
Staat	+ 7,6	– 0,6	+ 1,2	+ 1,6
Bruttoinvestitionen	+ 10,8	+ 4,9	– 13,0	– 7,4
Bruttoanlageinvestitionen	+ 6,0	+ 0,4	– 3,2	– 3,4
Ausrüstungen ²⁾	+ 9,2	– 0,2	+ 4,4	– 4,5
Bauten	+ 4,1	– 1,3	– 9,3	– 5,4
Sonstige Anlagen ³⁾	+ 5,7	+ 4,9	– 0,3	+ 2,2
Inländische Verwendung	+ 6,9	+ 3,6	– 3,5	– 1,6
Exporte	+ 9,5	+ 10,0	– 0,4	– 4,3
Importe	+ 14,1	+ 7,1	– 4,6	– 5,0
Bruttoinlandsprodukt	+ 4,8	+ 5,3	– 1,0	– 1,2

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme. – ³⁾ Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Computerprogramme, Urheberrechte).

¹⁾ Eröffnete und nicht eröffnete Fälle gemäß Kredit-schutzverband von 1870 (KSV 1870).

Abbildung 4: **Wöchentlicher WIFO-Wirtschaftsindex (WWWI) – Teilkomponenten der Verwendungsseite**

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % (Gesamtindex) bzw. Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten (Komponenten)



Q: Statistik Austria, WIFO.

Trotz des Anstiegs der Realeinkommen verlief auch die Konsumnachfrage der privaten Haushalte 2024 nur schleppend. Während sich die rückläufige Inflation positiv auf das Verbrauchervertrauen auswirkte, dämpften die pessimistischeren Arbeitslosigkeitserwartungen die Ausgabenbereitschaft. Zudem dürfte die Sparneigung auch aufgrund der anstehenden Konsolidierung der öffentlichen Haushalte gestiegen sein. Der private Konsum lieferte sowohl in der wöchentlichen Betrachtung (gemäß WWWI) als auch im Jahresdurchschnitt kaum Wachstumsimpulse (2024 +0,1%). Die öffentliche Konsumnachfrage wurde hingegen um 1,6% ausgeweitet, womit der Konsum insgesamt um 0,5% zulegte.

Die internationale Nachfrageschwäche belastete 2024 den Außenhandel. Gemäß WWWI war der Außenbeitrag zu Jahresbeginn noch positiv, drehte jedoch im weiteren Jahresverlauf großteils ins Negative. Die Exporte nahmen im Jahr 2024 um 4,3% ab, die Importe um 5,0%. Nominell sanken die Ausfuhren um 2,5%, während die Einfuhren um 4,8% zurückgingen. Nachdem sich die Energiepreise im Jahresverlauf 2024 stabilisierten, stagnierten die Importpreise im Jahresdurchschnitt nahezu, wogegen sich die Exporte im Vorjahresvergleich um fast 2% verteuerten.

2.2 Konjunkturschwäche und Sondereffekte erhöhten das Budgetdefizit

2024 wurde im Bereich der Körperschaftsteuer, deren Steuersatz von 24% auf 23% sank, und der Einkommensteuer, deren dritte Tarifestufe von 41% auf 40% gesenkt wurde, die letzte Stufe der "Ökosozialen Steuerreform" 2022/2024 umgesetzt. Der CO₂-Preis im Nationalen Emissionshandelssystem, das im Oktober 2022 eingeführt wurde, stieg von 32,50 € im Jahr 2023 auf 45 € je t CO₂-Äquivalent. Auch setzte die Bundesregierung 2024 noch einige Maßnahmen zur Entlastung von privaten Haushalten und Unternehmen von den hohen Energiepreisen: So wurden die Strompreiskapfen für die Haushalte und die seit dem 1. Mai 2022 geltende temporäre Senkung der Energieabgaben (Elektrizität, Erdgas) auf das europäische Mindestniveau bis Ende 2024 verlängert. Zudem wurde der Energiekostenzuschuss für energieintensive Unternehmen bis Ende 2025 erstreckt. Im März 2024 wurde zur Belebung der schwachen Baunachfrage ein Konjunkturpaket für den Wohnbau beschlossen (für Details vgl. Budgetdienst, 2024). Das Paket beinhaltet eine Reihe von befristeten steuerlichen Erleichterungen (beschleunigte Abschreibungsmöglichkeiten für Sanierungsmaßnahmen, Handwerkerbonus), die Aufstockung des Wohnschirms sowie Zweckzuschüsse des Bundes an die Länder für Wohnbauförderung.

Das Defizit des Gesamtstaates stieg 2024 auf 4,7% des BIP.

Übersicht 3: Konjunkturpaket für den Wohnbau

Maßnahmen	Befristung	Gesamtvolumen 2024 bis 2027 Mio. €
Insgesamt		2.535
Zweckzuschüsse an die Länder für Wohnbauförderung	2024 bis 2026	1.000
Wohnraum-Bau-Offensive ¹⁾	2024 bis 2025	35
Zinsunterstützung Förderdarlehen zur Wohnraumschaffung		
Steuerliche Maßnahmen zur Unterstützung der Baukonjunktur		
Befristete Erhöhung der Absetzung für Abnutzung von Wohngebäuden	2024 bis 2026	400
Verbesserte Abschreibungsmöglichkeit für Sanierungsmaßnahmen	Unbefristet	
Öko-Zuschlag für Wohngebäude	2024 bis 2025	300
Verlängerung "absehbarer Zeitraum" bei steuerlicher Anerkennung von Vermietungen	Unbefristet	30
Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität des vorhandenen Wohnraumes		
Handwerkerbonus	1. März 2024 bis 31. Dezember 2025	300
Sonderprogramm aus dem Energieeffizienztopf des Umweltförderungsgesetzes	2024 bis 2025	240
Weitere Maßnahmen des Wohnbaupaketes		
Aussetzung der Nebengebühren für das Eigenheim ²⁾	1. Juli 2024 ³⁾ bis 30. Juni 2026	170
Aufstockung Wohnschirm	2024	60
Kompetenzänderung zur Wohnraummobilisierung	Unbefristet	.

Q: Budgetdienst (2024). – ¹⁾ Zusagerahmen für die betreffenden Jahre. – ²⁾ Schätzungen des Budgetdienstes unter Berücksichtigung von Vorzieheffekten. – ³⁾ Gebührenbefreiung gilt bereits für Rechtsgeschäfte, die nach dem 31. März 2024 geschlossen wurden und nach dem 30. Juni 2024 beim Grundbuchgericht einlangten.

Aufgrund der Neuwahlen im September 2024 wurde im Herbst 2024 weder ein Bundesvoranschlag für das Jahr 2025 noch ein Bundesfinanzrahmen für den Zeitraum 2025 bis 2028 verabschiedet.

2023 hatte das Maastricht-Defizit mit 2,6% des BIP erstmals seit 2019 die 3%-Obergrenze unterschritten. 2024 stieg es wieder deutlich auf 4,7% der Wirtschaftsleistung. Der Großteil der Neuverschuldung entfiel auf den Bund, der ein Budgetdefizit von 3,5% des BIP aufwies. Länder und Gemeinden trugen mit 1% des BIP, die Sozialversicherungen mit 0,2% des BIP bei. Geschuldet war der kräftige Anstieg des gesamtstaatlichen Maastricht-Defizits dem zweiten Rezessionsjahr in Folge, den oben genannten Steuersenkungen sowie einigen Sondereffekten. Dazu zählen Nachzahlungen im Rahmen der Dienstrechtsreform des Bundes, die zusätzlichen Ausgaben nach dem Hochwasser im September 2024, Maßnahmen zur Entlastung von privaten Haushalten und Unternehmen angesichts der Teuerungs- und Energiepreiskrise, das Konjunkturpaket für den Wohnbau und die außertourliche Erhöhung des Klimabonus. Aber auch der Anstieg der Zinsausgaben sowie das demografisch bedingte Ausgabenwachstum, vor allem bei den Pensionen, erhöhten das Defizit. Die Staatsschuldenquote stieg von 78,5% (2023) auf 81,8% der Wirtschaftsleistung.

Die Staatsausgabenquote erhöhte sich von 52,7% des BIP 2023 auf 56,3% des BIP 2024. Die Staatsausgaben nahmen insgesamt um

8,8% zu. Überdurchschnittlich war der Zuwachs beim Personalaufwand (+10%) und den monetären Sozialleistungen (+10,9%) – getrieben von den inflationsbedingt hohen Gehaltsabschlüssen und Pensionserhöhungen. Der Anstieg der Finanzierungskosten für die Staatsschuld erhöhte die Zinsausgaben um 27,1% auf 7,3 Mrd. €. Hinzu kamen die genannten einmaligen Sondereffekte.

Die Staatseinnahmen erreichten 2024 51,6% des BIP (2023: 50,1%), der Zuwachs lag mit 4,9% jedoch merklich unter jenem der Staatsausgaben. Die Einnahmen aus Steuer- und Sozialbeiträgen, die 86,7% der gesamten Staatseinnahmen ausmachten, nahmen um 5,4% zu. Die Steuereinnahmen insgesamt wuchsen mit 4,1% etwas schwächer; hier machten sich der Ausgleich der kalten Progression sowie die Steuersenkungen im Rahmen der Steuerreform 2022/2024 bemerkbar. Die Sozialbeiträge stiegen, getragen von den hohen Gehaltsabschlüssen, um 7,9% gegenüber dem Vorjahr.

Laut Loretz und Pitlik (2025, in diesem Heft) wird das Maastricht-Defizit auch 2025 und 2026 nicht unter die Obergrenze von 3% des BIP rückgeführt. Da somit die Überschreitung im Jahr 2024 nicht nur als erheblich, sondern auch als nicht einmalig einzustufen ist, würde sie ohne Vorlage eines glaubwürdigen Anpassungspfadens ein EU-Verfahren wegen eines übermäßigen Budgetdefizits auslösen. Die neue Bundesregierung hat daher für die Jahre ab 2025 umfangreiche Konsolidierungsmaßnahmen angekündigt.

2.3 Kräftiger Anstieg der Reallöhne

Das wirtschaftliche Umfeld des Jahres 2024 erwies sich für die Entwicklung der Erwerbs-einkommen als zweigeteilt. Die Rezession, die mit einem Anstieg der Arbeitslosenquote auf 7,0% sowie einer Stagnation der aktiv un-selbstständig Beschäftigten bei rund 3,9 Mio. einherging, war ungünstig für die Lohnent-wicklung. Allerdings ging 2024 eine zweijäh-rige Hochinflationsphase zu Ende und die In-flationsrate betrug im Jahresdurchschnitt nur mehr 2,9%. Da den Lohnverhandlungen al-lerdings zumeist die durchschnittliche Infla-tion der vergangenen 12 Monate (rollie-rende Inflation) zugrunde liegt, waren die In-flationsraten der Hochinflationsphase Grund-lage der Verhandlungen.

Vor diesem Hintergrund einigten sich die Ge-werkschaften mit den Fachverbänden der Metallindustrie in der Herbstlohnrunde 2023 auf eine Anhebung der nominellen Ist-Löhne und Ist-Gehälter ab November 2023 um 10% bzw. höchstens 400 €, wodurch sich eine durchschnittliche Erhöhung von rund 8,6% ergab. Die Kollektivvertragslöhne sowie die Zulagen, Diäten und Aufwandsentschädi-gungen wurden um 8,5% erhöht, die Vorrü-ckungsbeträge eingefroren. Etwas ge-dämpft wurde dieser hohe nominelle Ab-schluss durch die Möglichkeit einer "Wettbe-werbs- und Beschäftigungssicherungsklau-sel". Sie erlaubt Unternehmen, in denen der Personalaufwand mehr als 75% (bzw. mehr als 90%) der Wertschöpfung ausmacht, ge-ringere Anhebungen um 8,5% bzw. höchs-tens 340 € (bzw. 7% und höchstens 280 €).

Im öffentlichen Dienst und im Handel lag der Abschluss bei durchschnittlich 9,15% bzw.

8,43%. In die Frühjahrslohnrunde 2024 flossen dann bereits die deutlich niedrigeren Inflat-ionsraten ein und die Lohndynamik ließ lang-sam nach. In den Industriebranchen der Frühjahrslohnrunde (z. B. chemische Indus-trie, Elektro- und Elektronikindustrie) wurden ab Mai 2024 Lohnerhöhungen zwischen 6,18% und 7,82% vereinbart, in der Bauin-dustrie bzw. dem Baugewerbe Erhöhungen von rund 7%.

Im gewichteten Durchschnitt führten die Lohnabschlüsse 2024 zu einem Anstieg des Tariflohnindex um 8,5% und übertrafen somit deutlich die Jahresinflationsrate. Auch ge-genüber dem Vorjahr ergab sich erneut eine Steigerung um 0,9 Prozentpunkte (Übersicht 4). Der öffentliche Dienst, der mit einem Gewicht von etwa einem Sechstel in den In-dex eingeht, verzeichnete mit 9,4% den stärksten Anstieg, in der Industrie (Gewicht ebenfalls rund ein Sechstel) waren es 7,4%. In den Dienstleistungsbereichen waren die Steigerungsraten höher als in der Industrie und lagen zwischen 8,6% im Transport und Verkehr und 8,5% bei Banken und Versiche-rungen.

Die kollektivvertraglichen Lohnvereinbarun-gen bestimmen die Entwicklung der Min-destlöhne, von welchen die tatsächliche Entlohnung abweichen kann. Allerdings war dies im Jahr 2024 nicht der Fall (Übersicht 5). Insgesamt stiegen die nominellen Brutto-löhne und -gehälter mit 8,5% im Einklang mit den tariflichen Mindestlöhnen, pro Kopf war die Entwicklung der Bruttolöhne mit +8,3% etwas schwächer. Die nachlassenden Ver-braucherpreise bestimmten den kräftigen Anstieg der realen Brutto- und Nettolöhne und -gehälter pro Kopf (jeweils +5,3%).

Übersicht 4: Entwicklung der kollektivvertraglichen Mindestbezüge

	Gewichtung	Tariflohnindex 2016 ¹⁾	
		Beschäftigte insgesamt	
		2023	2024
		Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Tariflohnindex insgesamt	1.000.000	+ 7,6	+ 8,5
Ohne öffentlich Bedienstete	837.726	+ 7,6	+ 8,3
Gewerbe und Handwerk	196.327	+ 7,8	+ 8,4
Industrie	163.994	+ 7,3	+ 7,4
Handel	127.187	+ 7,5	+ 8,6
Transport und Verkehr	54.763	+ 7,1	+ 8,6
Tourismus und Freizeitwirtschaft	49.712	+ 7,7	+ 7,9
Banken und Versicherungen	37.035	+ 8,0	+ 8,5
Information und Consulting	67.321	+ 7,5	+ 8,3
Öffentlich Bedienstete	162.274	+ 7,6	+ 9,4

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond; WIFO-Berechnungen auf Basis des Tariflohnindex 2016. – ¹⁾ Aufgrund von Rundungen können die Wachstumsraten geringfügig von den von Statistik Austria veröf-fentlichten Indexwerten abweichen.

Übersicht 5: Entwicklung der Löhne und Gehälter

	2022	2023	2024
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Löhne und Gehälter insgesamt			
Brutto	+ 8,1	+ 8,3	+ 8,5
Netto ¹⁾	+ 9,0	+ 8,8	+ 8,6
Beschäftigte ²⁾	+ 3,1	+ 1,4	+ 0,2
Löhne und Gehälter pro Kopf ³⁾			
Brutto nominell	+ 4,9	+ 6,9	+ 8,3
Brutto real ⁴⁾	- 3,4	- 0,9	+ 5,3
Netto nominell ¹⁾	+ 5,7	+ 7,3	+ 8,4
Netto real ¹⁾⁴⁾	- 2,7	- 0,5	+ 5,3
Geleistete Arbeitsstunden pro Kopf ³⁾	- 0,2	+ 0,0	- 1,4
Löhne und Gehälter je geleistete Arbeitsstunde			
Brutto nominell	+ 5,1	+ 6,9	+ 9,9
Brutto real ⁴⁾	- 3,2	- 0,9	+ 6,8
Netto nominell ¹⁾	+ 6,0	+ 7,3	+ 10,0
Netto real ¹⁾⁴⁾	- 2,4	- 0,5	+ 6,9

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 2010 (ESVG 2010). – ¹⁾ 2024: laut WIFO-Konjunkturprognose vom März 2025. – ²⁾ Unselbständige laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse). – ³⁾ Je unselbständiges Beschäftigungsverhältnis. – ⁴⁾ Deflationiert mit dem Verbraucherpreisindex (VPI).

Die Bruttorealeinkommen stiegen im Jahr 2024 kräftig an; die realen Brutto- und Nettolöhne und -gehälter pro Kopf wuchsen um 5,3%.

Die unselbständig aktive Beschäftigung stagnierte gegenüber dem Vorjahr (+0,2%), wobei die effektive Pro-Kopf-Arbeitszeit weiter abnahm: Über alle Branchen hinweg lag die durchschnittliche Wochenarbeitszeit der unselbständig Beschäftigten laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (VGR) bei 27,2 Stunden – ein Rückgang um 1,4% gegenüber 2023.

Aufgrund des Arbeitszeitrückgangs ergibt sich bei der Analyse der Einkommensentwicklung ein noch kräftigeres Wachstum, wenn die Arbeitsstunde als Bezugspunkt gewählt wird. In der Bruttobetachtung wuchsen die Löhne und Gehälter je geleisteter Arbeitsstunde 2024 um 9,9% (real +6,8%), netto um 10% (real +6,9%). Somit konnten die hohen Reallohnverluste der Jahre 2022 und 2023 im Jahr 2024 ausgeglichen werden.

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte stagnierten im Jahr 2024; zum Jahresende war eine leichte Belebung erkennbar.

Hohe Lohn- und Gehaltsabschlüsse bei gleichzeitiger Abnahme der Inflationsrate stärkten im Jahr 2024 die real verfügbaren Haushaltseinkommen. Ein Großteil des Zuwachses wurde jedoch aufgrund der hohen Unsicherheit gespart.

2.4 Hohe Unsicherheit belastete privaten Konsum und Handel

Nachdem die reale Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen im Jahr 2023 infolge der hohen Teuerung gesunken war, erholte sie sich im Jahr 2024 nur unwesentlich und stagnierte nach vorläufigen Berechnungen von Statistik Austria. Die Ausgaben der inländischen privaten Haushalte lagen real bei ±0%, einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck ergab sich ein Zuwachs

von 0,1%. Für den Inlandskonsum²⁾ wird ein Wert von -0,2% ausgewiesen (Übersicht 7). Aus den vorliegenden Daten der vierteljährlichen VGR lässt sich erkennen, dass sich die reale Nachfrage zum Jahresende hin leicht belebte und damit das Wachstum im Gesamtjahr 2024 stützte. Nominell wurde mit 3,3% ein geringerer Zuwachs der privaten Konsumausgaben (Inländerkonzept) verzeichnet als im Vorjahr. 2023 hatte er aufgrund der höheren Teuerung noch 7,8% betragen (Übersicht 6).

Wie hoch die Konsumausgaben der privaten Haushalte ausfallen, hängt von vielen Faktoren ab. Ein maßgebliches Element ist das verfügbare (Haushalts-)Einkommen, welches u. a. die Löhne und Gehälter, Vermögenseinkommen, aber auch staatliche Transferleistungen sowie Einkommen- bzw. Vermögenssteuern oder Sozialbeiträge berücksichtigt. Im Jahr 2023 wurden die verfügbaren Einkommen der österreichischen Haushalte durch ein Entlastungs- und Antiteuerungspaket im Gesamtvolumen von mehr als 7 Mrd. € kräftig gestützt. Obwohl die nominell verfügbaren Einkommen dadurch um 7,8% stiegen, ergab sich nach Abzug der Teuerung ein Realeinkommensverlust von 0,5% (Übersicht 6). Die Haushalte kompensierten ihn überwiegend durch geringere Konsumausgaben (vorrangig bei Waren).

²⁾ Er entspricht den Konsumausgaben von in Österreich wohnhaften Personen sowie von Tourist:innen im Inland.

Übersicht 6: Privater Konsum, verfügbares Einkommen, Konsumquote

	Privater Konsum ¹⁾		Verfügbares Einkommen, netto		Konsumquote ²⁾
	Nominell	Real ³⁾	Nominell	Real ³⁾	
	Veränderung in % p. a.				
Ø 2012/2016	+ 2,3	+ 0,7	+ 2,0	+ 0,4	+ 0,3
Ø 2016/2020	+ 0,6	– 1,1	+ 2,2	+ 0,4	– 1,5
Ø 2020/2024	+ 7,7	+ 2,3	+ 7,1	+ 1,7	+ 0,6
2021	+ 6,9	+ 4,8	+ 4,3	+ 2,1	+ 2,6
2022	+13,0	+ 4,9	+ 9,6	+ 1,7	+ 3,1
2023	+ 7,8	– 0,5	+ 7,8	– 0,5	+ 0,1
2024	+ 3,3	+ 0,1	+ 6,8	+ 3,5	– 3,3

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Inländerkonsum einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Konsum in % des verfügbaren Nettoeinkommens. – ³⁾ Auf Basis von Vorjahrespreisen.

Anders waren die Ausgangssituation und folglich auch die Erwartungen im Jahr 2024: die hohen Lohn- und Gehaltsabschlüsse, die maßgeblich aus der hohen (rollierenden) Inflation im Referenzzeitraum folgten, resultierten nämlich nicht nur nominell (+6,8%), sondern auch real (+3,5%) in einem deutlichen Anstieg der Haushaltseinkommen. Da Einkommenszuwächse aus Lohn- und Gehaltskomponenten typischerweise zum Großteil wieder ausgegeben werden, war mit einer Belebung der realen Konsumausgaben zu rechnen. Dazu kam es 2024 jedoch nicht; die Konsumausgaben stagnierten, woraus sich laut den vorläufigen Daten von Statistik Austria ein kräftiger Anstieg der Sparquote auf 11,7% des verfügbaren Einkommens ergab (2023: 8,7%). Gründe dafür waren u. a. die gestiegenen Zinsen, die inflationsbedingte Entwertung der Vermögensbestände, eine – gemessen am tatsächlichen

Zuwachs – skeptische Haltung der privaten Haushalte hinsichtlich der Realeinkommensentwicklung, sowie die Erwartung von Belastungen im Zuge der anstehenden Budgetkonsolidierung³⁾.

Im Jahr 2023 hatten die privaten Haushalte in Reaktion auf die Teuerungskrise zuerst ihre Ausgaben für Waren eingeschränkt, da die Preissteigerungen dort als erstes und unmittelbar sichtbar waren. 2024 drehte sich das Konsummuster (Übersicht 7): Da die Preise von Dienstleistungen aufgrund des hohen Anteils der Lohnkomponente stärker stiegen als jene von Waren, ging die Nachfrage nach Dienstleistungen deutlicher zurück. Nach real +2,2% im Jahr 2023 schrumpfte sie 2024 nach vorläufigen Daten von Statistik Austria um 1%. Die Nachfrage nach Konsumgütern legte hingegen um insgesamt 0,7% zu (2023 –3,1%).

Übersicht 7: Entwicklung des privaten Konsums im längerfristigen Vergleich

Real, auf Basis von Vorjahrespreisen

	Ø 2012/ 2016	Ø 2016/ 2020	Ø 2020/ 2024	2021	2022	2023	2024
	Veränderung in % p. a.						
Inlandskonsum	+ 0,6	– 1,4	+ 2,0	+ 1,8	+ 6,9	– 0,4	– 0,2
Dauerhafte Konsumgüter	+ 0,3	+ 0,5	– 0,9	+ 3,6	– 2,8	– 4,9	+ 0,7
Halbdauerhafte Konsumgüter	+ 2,0	– 2,3	+ 3,9	+ 5,5	+12,2	– 1,8	+ 0,2
Nichtdauerhafte Konsumgüter	+ 0,2	+ 1,2	– 1,0	+ 2,5	– 4,4	– 2,8	+ 0,8
Dienstleistungen	+ 0,7	– 2,9	+ 3,9	+ 0,3	+14,8	+ 2,2	– 1,0
Konsum in Österreich von Tourist:innen	+ 2,2	–10,7	+17,9 ¹⁾	–27,6	+98,5	+13,9	+ 1,9 ²⁾
Konsum im Ausland von in Österreich wohnhaften Personen	+ 1,8	–18,9	+44,9 ¹⁾	+56,0	+69,8	+14,8	+ 5,5 ²⁾
Inländerkonsum	+ 0,5	– 1,3	+ 2,2	+ 4,5	+ 5,1	– 0,7	± 0,0
Konsum privater Organisationen ohne Erwerbszweck	+ 4,3	+ 2,6	+ 4,4	+10,3	+ 0,5	+ 5,8	+ 1,5
Inländerkonsum einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck	+ 0,7	– 1,1	+ 2,3	+ 4,8	+ 4,9	– 0,5	+ 0,1
Dauerhafte Konsumgüter	+ 0,2	+ 0,6	– 0,8	+ 6,4	– 4,5	– 5,4	+ 0,6
Inländerkonsum ohne dauerhafte Konsumgüter	+ 0,7	– 1,3	+ 2,6	+ 4,6	+ 6,0	+ 0,1	± 0,0

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Inländerkonsum . . . Inlandskonsum abzüglich des Konsums von Tourist:innen in Österreich zuzüglich des Konsums von in Österreich wohnhaften Personen im Ausland. – ¹⁾ 2020/2023. – ²⁾ I. bis III. Quartal.

³⁾ Siehe z. B. den EZB-Wirtschaftsbericht, Ausgabe 1/2025, Kasten 2 oder OeNB-Report 2024/22, "Indus-

trieschwäche und Konsumzurückhaltung dämpfen Wachstumsaussichten".

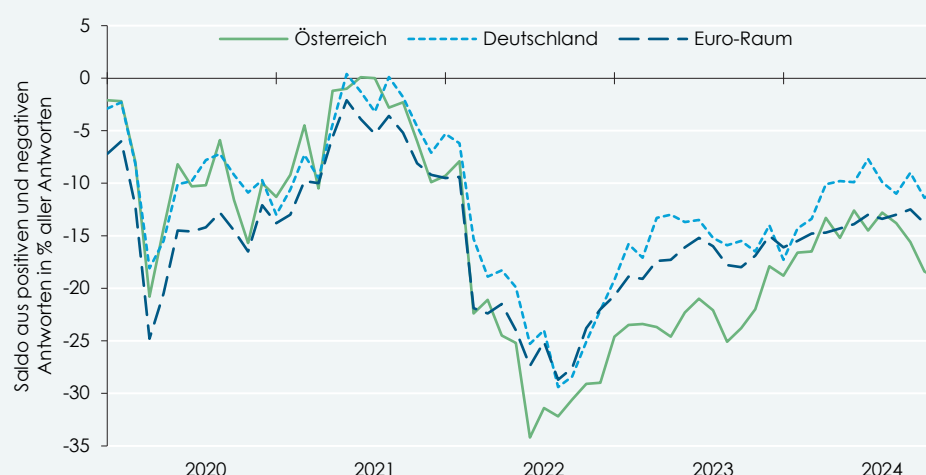
Die Ausgaben für Pkw-Neuanschaffungen stiegen 2024 deutlich.

Der Rückgang des Verbrauchervertrauens spiegelte die hohe Unsicherheit.

Bei nichtdauerhaften Konsumgütern, welche u. a. Nahrungsmittel und Getränke sowie Energie und Treibstoffe umfassen, betrug der preisbereinigte Anstieg 0,8% (2023 –2,8%), bei halbdauerhaften Gütern, welche Waren wie Bekleidung, Schuhe, Heimtextilien oder Haushaltsartikel enthalten, 0,2%. Die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern (z. B. Pkw, Möbel, elektrische Großgeräte) wurde nach Rückgängen in den Jahren 2022 und 2023 wieder ausgeweitet (2024 +0,7%), maßgeblich getragen vom kräftigen Anstieg der Pkw-Neuzulassungen⁴⁾ privater Haushalte (+4,6% im 1. Halbjahr und +14,2% im 2. Halbjahr 2024; Gesamtjahr +9,1%).

Das heimische Verbrauchervertrauen – gemessen am harmonisierten EU-Konsumklima-index – gab nach einem stetigen Anstieg seit dem historischen Tiefstwert Mitte 2022 im 2. Halbjahr 2024 wieder nach, da sich vor allem die Erwartungen der Konsument:innen zur künftigen Wirtschaftslage, zur eigenen finanziellen Situation und zur Arbeitslosigkeitseentwicklung deutlich eintrübten. Hatte sich das Konsumklima in Österreich noch Anfang 2024 relativ zu Deutschland und dem Euro-Raum verbessert, so änderte sich dies im weiteren Jahresverlauf (Abbildung 5). Vor allem in der 2. Jahreshälfte gab die Stimmung in Österreich merklich stärker nach als in den Vergleichsländern.

Abbildung 5: Entwicklung des saisonbereinigten Konsumklimaindiktors



Q: Europäische Kommission, WIFO-Darstellung. Arithmetisches Mittel der Salden aus positiven und negativen Antworten in Prozent aller Antworten zur vergangenen und künftigen finanziellen Situation des Haushaltes, zur Erwartung hinsichtlich der künftigen allgemeinen Wirtschaftslage und zu geplanten größeren Anschaffungen. Saisonbereinigt durch Eurostat mittels Tramo-Seats.

Im Handel waren Umsätze und Beschäftigung im Jahr 2024 abermals rückläufig.

Der Handel hatte nach dem herausfordernden Hochinflationenjahr 2023 – die lebhaftete Teuerung dämpfte die Nachfrage und erhöhte die Kosten – auch im Jahr 2024 mit Umsatz- und Wertschöpfungseinbußen zu kämpfen. Bei den Umsätzen konvergierten die Wachstumsraten zwischen den Bereichen Groß-, Einzel- und Kfz-Handel jedoch wieder, sodass es keine ausgeprägten negativen oder positiven Ausreißer gab. Im Großhandel (ohne Kfz-Handel; rund 50% Umsatzanteil) sanken die nominellen Umsätze zwar weiterhin (–3,3%), der Rückgang verlangsamte sich aber deutlich. Im Einzelhandel (ohne Kfz-Handel; Umsatzanteil rund ein Drittel) stiegen die Umsätze nominell um 2,1% (nach +2,9% im Jahr 2023). Einen Zuwachs von 2,1% verzeichnete auch der

heimische Kfz-Handel (nach +11,8% im Jahr 2023).

Nach Abzug der Preissteigerungen (Handel insgesamt +0,8%), welche im Großhandel stagnierten und im Einzelhandel wie auch im Kfz-Handel mit +1,7% moderat und unterhalb der allgemeinen Inflationsrate blieben, ergab sich für den Handel insgesamt ein realer Umsatzrückgang von 1,6% (2023 –3,6%). Verantwortlich für den Rückgang der abgesetzten Menge war der Großhandel (ohne Kfz-Handel; –3,3%), während der Einzelhandel (ohne Kfz-Handel) und der Kfz-Handel leichte Anstiege auswiesen (jeweils +0,5%).

Die Wertschöpfung im Handel schrumpfte somit nach Abzug der Vorleistungen um real 1,7% (vorläufig; nominell +3,1%). Gegenüber

⁴⁾ Ein Teil der hohen Zahl an Neuzulassungen in der 2. Jahreshälfte 2024 kann durch sogenannte Vorziehkäufe erklärt werden, welche vor dem 6. Juli 2024 getätigt wurden. Ab diesem Stichtag sind bei neu zugelassenen Fahrzeugen Fahrassistenzsysteme wie etwa

Notbremsassistenten oder Müdigkeitswarner verpflichtend vorgeschrieben. Nachdem es vom Kauf bis zur Auslieferung und Neuanmeldung oft einige Monate dauert, wurde z. B. ein im Juni 2024 gekauftes Auto erst im Oktober ausgeliefert und erstmals zugelassen.

2023 (–5,7%) verlangsamte sich der Rückgang somit deutlich; im IV. Quartal 2024 legte die Wertschöpfung erstmals seit mehr als zwei Jahren wieder leicht zu.

Der Beschäftigungsabbau im Handel, der 2023 primär vom Einzelhandel geprägt war, erfasste im Jahr 2024 auch den Großhandel. Im beschäftigungsintensiven Einzelhandel (ohne Kfz-Handel), auf den mehr als die

Hälfte der rund 665.000 Beschäftigungsverhältnisse entfallen, beschleunigte sich der Beschäftigungsrückgang weiter auf –1,6% (2023 –0,9%), im Großhandel (ohne Kfz-Handel) betrug er –0,7% (2023 +0,8%). Lediglich im Bereich des Kfz-Handels stieg die Zahl der Beschäftigten (+1,7 nach +0,8% im Jahr 2023). Der Handel insgesamt verlor somit beschleunigt an Personal (–0,9% nach –0,2% im Jahr 2023).

Übersicht 8: Entwicklung im Handel

	Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	Kfz-Handel, Reparatur von Kfz	Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz-Handel)	Einzelhandel (ohne Kfz-Handel)
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Umsätze, nominell				
2022	+ 11,6	– 1,5	+ 17,0	+ 8,1
2023	– 0,8	+ 11,8	– 5,5	+ 2,9
2024	– 0,8	+ 2,1	– 3,3	+ 2,1
Umsätze, real				
2022	– 1,2	– 10,7	+ 1,1	– 0,8
2023	– 3,6	+ 4,4	– 5,6	– 3,5
2024	– 1,6	+ 0,5	– 3,3	+ 0,5
Preise (Ø 2015 = 100)				
2022	+ 12,9	+ 10,3	+ 15,7	+ 9,0
2023	+ 3,1	+ 7,1	+ 0,3	+ 6,7
2024	+ 0,8	+ 1,7	± 0,0	+ 1,7
Beschäftigung				
2022	+ 1,5	+ 1,0	+ 2,1	+ 1,2
2023	– 0,2	+ 0,8	+ 0,8	– 0,9
2024	– 0,9	+ 1,7	– 0,7	– 1,6

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

2.5 Inflation erreichte vorübergehend den Durchschnitt des Euro-Raumes

Nach zwei Jahren sehr hoher Inflation (Ø 2000/2020 1,9%, 2022 +8,6%, 2023 +7,8%) ging sie 2024 auf 2,9% zurück. Hatte die Inflationsrate am Jahresanfang 2024 noch 4,6% betragen, so erreichte sie bis zum Jahresende (vorübergehend) den Zielwert der EZB von 2%. Zur Verlangsamung trugen hauptsächlich die Preisrückgänge bei Energie bei (–4,6%). Zusätzlich schwächte sich aber auch der Preisauftrieb in den drei anderen Hauptaggregaten (Lebensmittel einschließlich Alkohol und Tabak, industrielle Güter und Dienstleistungen; Übersicht 9) ab.

Die Inflationsrate laut HVPI lag in Österreich zu Jahresbeginn 2024 noch deutlich über dem Durchschnitt der Euro-Länder, zum Jahresende jedoch leicht darunter (Über-

sicht 10, Abbildung 6)⁵⁾. Maßgeblich für diese Verringerung war die in Österreich wesentlich später einsetzende Verbilligung von Haushaltsenergie: Im Euro-Raum waren die Gaspreise bereits 2023 spürbar gesunken (–4,8%), in Österreich dagegen erst ab dem Frühjahr 2024 (Abbildung 7).

Anfang 2025 erhöhte sich die Inflationsrate wieder auf 3¼%. Zuzuschreiben ist dieser Anstieg dem Auslaufen von preisdämpfenden Maßnahmen im Bereich Haushaltsenergie (Strompreisbremse, Aussetzen der Ökostromförderbeiträge und -pauschale, Absenkung der Energieabgaben bei Strom und Gas), der Erhöhung der Netzentgelte für Strom und Gas, der Anhebung des CO₂-Preises und dem nach wie vor sehr hohen Inflationsbeitrag der Dienstleistungen (Jänner und Februar 2025 +2¼ Prozentpunkte).

Die Inflationsrate laut VPI betrug im Jahresdurchschnitt 2024 2,9%; unterjährig sank sie von 4,6% im Jänner auf knapp 2% zum Jahresende.

⁵⁾ Das Inflationsdifferenzial zwischen Österreich und dem Euro-Raum betrug im IV. Quartal 2023 +2½ Prozentpunkte und im I. Quartal 2024 noch +1½ Prozent-

punkte; im IV. Quartal 2024 fiel es auf –¼ Prozentpunkt.

Übersicht 9: Entwicklung des Verbraucherpreisindex

Gliederung nach dem Konsumzweck

	2022	2023	2024
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Nationaler Verbraucherpreisindex (VPI)	+ 8,6	+ 7,8	+ 2,9
Kerninflationsrate ¹⁾	+ 5,6	+ 7,7	+ 3,8
Mikrowarenkorb (täglicher Einkauf)	+ 10,2	+ 11,0	+ 4,5
Miniwarenkorb (wöchentlicher Einkauf)	+ 13,7	+ 6,8	+ 3,4
Gebühren und Tarife	+ 2,2	+ 3,6	+ 2,3
COICOP-Gruppen			
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	+ 10,7	+ 11,0	+ 2,6
Alkoholische Getränke und Tabak	+ 3,5	+ 6,5	+ 3,4
Bekleidung und Schuhe	+ 1,8	+ 5,3	– 0,3
Wohnung, Wasser, Energie	+ 12,6	+ 11,1	+ 2,2
Hausrat und laufende Instandhaltung des Hauses	+ 7,7	+ 7,2	+ 1,1
Gesundheitspflege	+ 2,8	+ 5,1	+ 4,8
Verkehr	+ 16,2	+ 1,7	+ 0,6
Nachrichtenübermittlung	– 0,6	– 3,9	– 4,9
Freizeit und Kultur	+ 3,8	+ 7,3	+ 2,8
Erziehung und Unterricht	+ 2,7	+ 5,4	+ 5,4
Restaurants und Hotels	+ 8,9	+ 12,2	+ 7,0
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	+ 3,0	+ 7,4	+ 5,3
Sondergliederung²⁾			
Lebensmittel einschließlich alkoholischer Getränke und Tabak	+ 9,0	+ 10,1	+ 2,7
Energie	+ 39,4	+ 4,9	– 4,6
Industriegüter	+ 7,4	+ 7,5	+ 1,3
Dienstleistungen	+ 4,6	+ 7,9	+ 5,3

Q: Macrobond, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ohne Energie und Lebensmittel (einschließlich alkoholischer Getränke und Tabak). – ²⁾ Die Definition der Sonderaggregate wurde an jene von Eurostat angepasst.

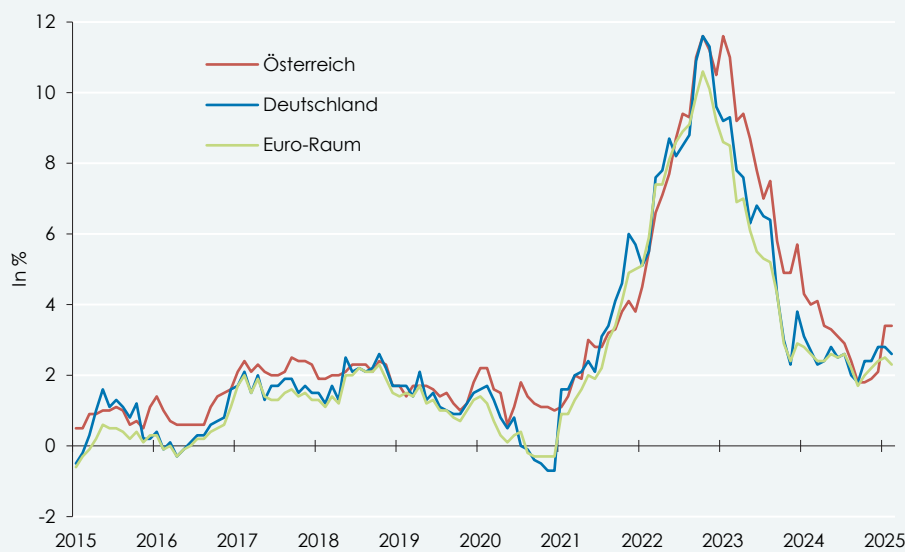
Übersicht 10: Entwicklung des harmonisierten Verbraucherpreisindex

Gliederung nach dem Konsumzweck

	2022		2023		2024	
	Österreich	Euro-Raum	Österreich	Euro-Raum	Österreich	Euro-Raum
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Nationaler Verbraucherpreisindex (HVPI)	+ 8,6	+ 8,4	+ 7,7	+ 5,4	+ 2,9	+ 2,4
Kerninflationsrate ¹⁾	+ 5,1	+ 4,0	+ 7,3	+ 5,0	+ 3,9	+ 2,8
HVPI zu konstanten Steuersätzen	+ 7,8	+ 8,9	+ 7,7	+ 5,3	+ 2,9	+ 1,9
COICOP-Gruppen						
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	+ 10,7	+ 10,5	+ 11,0	+ 11,8	+ 2,7	+ 2,3
Alkoholische Getränke und Tabak	+ 3,6	+ 3,4	+ 6,6	+ 7,1	+ 3,4	+ 5,5
Bekleidung und Schuhe	+ 1,9	+ 2,1	+ 5,0	+ 3,7	– 0,3	+ 1,4
Wohnung, Wasser, Energie	+ 14,5	+ 17,5	+ 11,9	+ 1,5	+ 0,6	+ 1,4
Hausrat und laufende Instandhaltung des Hauses	+ 7,4	+ 6,4	+ 7,4	+ 6,2	+ 1,7	+ 0,2
Gesundheitspflege	+ 2,6	+ 1,3	+ 5,2	+ 2,8	+ 5,1	+ 3,3
Verkehr	+ 16,4	+ 11,2	+ 2,0	+ 2,5	+ 1,3	+ 0,9
Nachrichtenübermittlung	– 0,3	– 0,5	– 3,2	+ 0,0	– 4,4	– 2,4
Freizeit und Kultur	+ 3,7	+ 4,2	+ 7,0	+ 5,3	+ 3,8	+ 2,6
Erziehung und Unterricht	+ 2,8	+ 0,7	+ 5,6	+ 4,2	+ 5,1	+ 4,1
Restaurants und Hotels	+ 9,0	+ 7,1	+ 11,6	+ 7,5	+ 6,7	+ 4,9
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	+ 3,3	+ 3,0	+ 7,4	+ 5,1	+ 4,6	+ 4,2
Sondergliederung						
Lebensmittel einschließlich alkoholischer Getränke und Tabak	+ 9,0	+ 9,1	+ 10,0	+ 10,9	+ 2,9	+ 2,9
Energie	+ 39,8	+ 36,9	+ 6,9	– 2,0	– 5,4	– 2,2
Industriegüter	+ 5,8	+ 4,6	+ 6,4	+ 5,0	+ 0,9	+ 0,8
Dienstleistungen	+ 4,6	+ 3,6	+ 7,8	+ 4,9	+ 5,7	+ 4,0

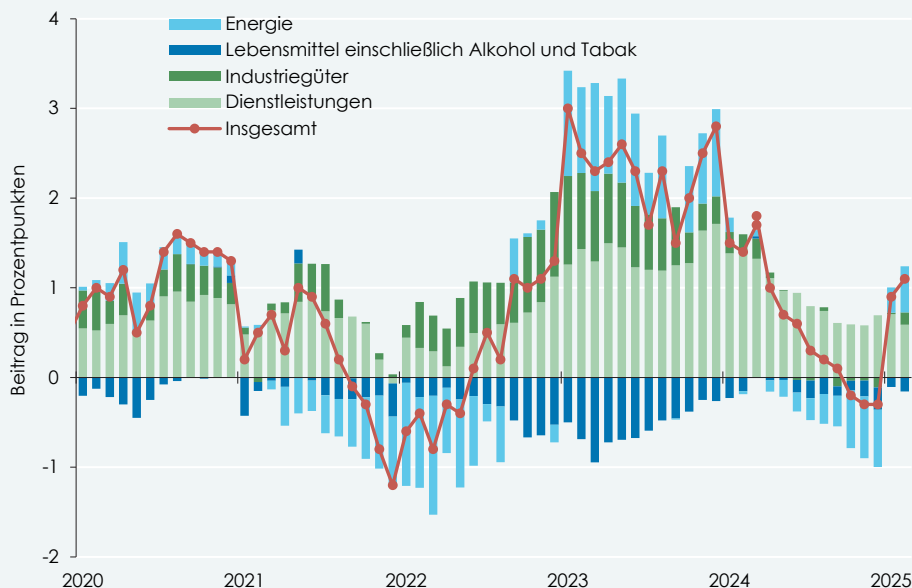
Q: Eurostat, Macrobond. – ¹⁾ Ohne Energie und Lebensmittel (einschließlich alkoholischer Getränke und Tabak).

Abbildung 6: Inflation in Österreich, Deutschland und dem Euro-Raum



Q: Macrobond, Eurostat.

Abbildung 7: Beiträge zur Inflationsdifferenz zwischen Österreich und dem Euro-Raum



Q: Eurostat, Macrobond.

Letztere leisteten auch 2024 den größten Beitrag zur Inflation (+2,6 Prozentpunkte) und verteuerten sich im Jahresabstand um 5,3% (bei einem Gewicht von 47,7% im VPI-Warenkorb). Da Dienstleistungen überwiegend arbeitsintensiv sind, spiegelten sich im entsprechenden VPI-Teilindex die hohen Lohnabschlüsse für 2024 (Tariflohnindex

+8,5%; Abbildung 8, siehe auch Abschnitt 2.3 in diesem Beitrag). Daneben tragen auch Preisindexierungen (bei Mieten, Versicherungsprämien, Mobilfunkverträgen oder Bankgebühren) zur höheren Inflationspersistenz in den Dienstleistungen bei⁶⁾.

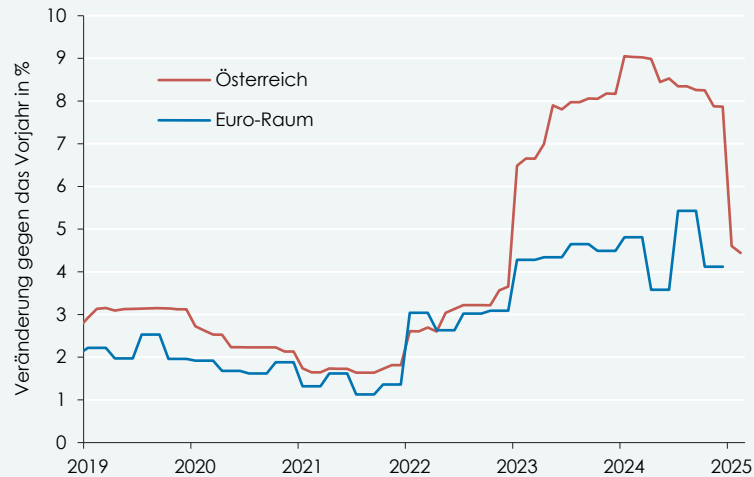
Bei Industriegütern (ohne Lebensmittel einschließlich Alkohol und Tabak sowie Energie)

⁶⁾ Dienstleistungspreise werden nur selten angepasst – in der Mehrzahl der Fälle einmal jährlich, meist im Jänner (Gautier et al., 2024).

nahm der Inflationsdruck mit der Normalisierung der Lieferketten und vor allem rezessionsbedingt deutlich ab (+1,3%, 2023 +7,5%). Insgesamt lag damit die Kerninflation (Ge-

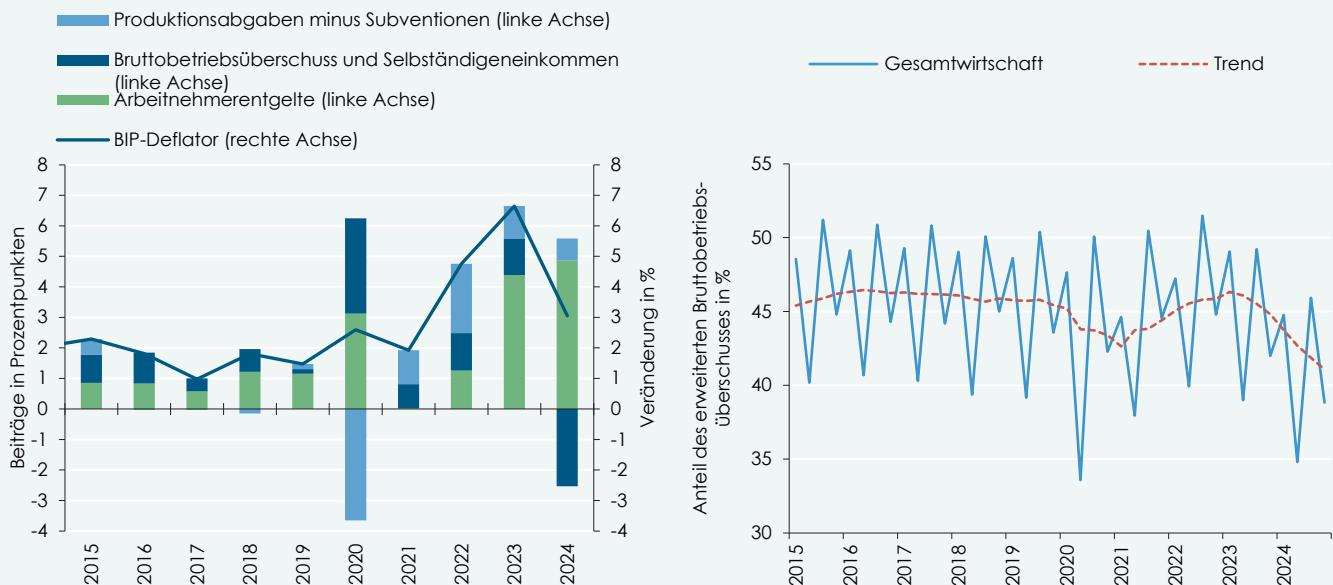
samtinflation ohne Lebensmittel und Energie) mit +3,8% um knapp 1 Prozentpunkt über der Gesamtinflation.

Abbildung 8: **Tariflohnentwicklung**



Q: Europäische Zentralbank, Statistik Austria, Macrobond.

Abbildung 9: **Zerlegung der BIP-Deflators und Bedeutung des Bruttobetriebsüberschusses für die Wertschöpfung in Österreich**



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Der BIP-Deflator als Indikator für Preisveränderungen in der gesamtwirtschaftlichen Produktion stieg 2024 voraussichtlich um 3,1% (2023 +6,6%, 2022 +4,8%; revidiert⁷⁾). 2022 war jeweils rund ein Viertel des Preisanstiegs auf den Zuwachs der Arbeitnehmerentgelte

und der Bruttobetriebsüberschüsse und fast die Hälfte auf die Position "Produktionsabgaben minus Subventionen" entfallen. 2023 verschob sich das Gewicht deutlich in Richtung der Arbeitnehmerentgelte (rund 66%). Auf Bruttobetriebsüberschüsse und Nettoproduk-

⁷⁾ Nach vorläufigen Daten auf Basis der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für das IV. Quartal 2024, veröffentlicht am 3. März 2025 durch Statistik Austria. Es sei darauf hingewiesen, dass die

Daten der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung bis zur Präsentation der Jahresrechnung im September 2025 noch mehrfach revidiert werden.

tionsabgaben entfielen 2023 nur noch 18% bzw. 16%. Für 2024 zeigen die vorläufigen Daten, dass der Preisanstieg überwiegend auf den Lohnanstieg zurückzuführen war, da die Bruttobetriebsüberschüsse und Selbstän-

digeneinkommen zurückgingen, die Produktionsabgaben minus Subventionen nur schwach zunahmen und damit den Anstieg des BIP-Deflators dämpften (Abbildung 9).

3. Literaturhinweise

Baumgartner, J., Kaniowski, S., Pitlik, H., & Sommer, M., (2024), Wettbewerbsnachteile bremsen Wachstum der österreichischen Wirtschaft. Mittelfristige Prognose 2025 bis 2029. *WIFO-Monatsberichte*, 97(10), 551-570. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/55113851>.

Budgetdienst (2024). Konjunkturpaket für den Wohnbau.

Burton, A., Ehn-Fragner, S., & Fritz, O. (2024), Tourismusanalyse: Starke Nachfrage im bisherigen Winter, jedoch kaum Dynamik bei realen Umsätzen. *WIFO Research Briefs*, (9). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/51714596>.

Friesenbichler, K., & Agnezy, B. (2025), WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2024, *WIFO-Konjunkturtest Investitionsbefragung*, (1). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/56888025>.

Gautier, E., Conflitti, C., Faber, R. P., Fabo, B., Fadejeva, L., Jouvanceau, V., Menz, J.-O., Messner, T., Petroulas, P., Roldan-Blanco, P., Rumler, F., Santoro, S., Wieland, E., & Zimmer, H. (2024). New Facts on Consumer Price Rigidity in the Euro Area. *American Economic Journal – Macroeconomics*, 16(4), 386-431. <https://www.aeaweb.org/articles?id=10.1257/mac.20220289>.

Klien, M., & Weingärtler, M. (2025). Bauwesen in Europa vor moderater Erholung. *Euroconstruct-Prognose bis 2027*. *WIFO-Monatsberichte*, 98(2), 81-92. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/57412506>.

Loretz, S., & Pitlik, H. (2025). Öffentliche Haushalte unter erheblichem Konsolidierungsdruck. Mittelfristige Budgetprojektion 2025 bis 2029. *WIFO-Monatsberichte*, 98(4), 191-198. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/58156012>.

Scheiblecker, M. (2025). Rezession in Österreich hält an. *WIFO-Monatsberichte*, 98(3), 111-120. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/57774448>.

Url, T. (2025). Schwächere Inflationsdynamik ermöglicht Senkung der Leitzinssätze. *WIFO-Monatsberichte*, 98(4), 217-228. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/58156315>.